

Festtag der Deutschsprachigen Gemeinschaft - 15. November 2018, Brüssel

Ansprache Ministerpräsident Oliver Paasch

(Die Rede wird im Wechsel in deutscher, französischer, niederländischer und englischer Sprache gehalten. Es gilt das gesprochene Wort).

Verehrte Ehrengäste,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen von Parlament und Regierung möchte ich mich ganz herzlich bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie unsere Einladung angenommen haben, den traditionellen Festtag der Deutschsprachigen Gemeinschaft hier in Brüssel gemeinsam mit uns zu feiern.

Ich bin Ihnen für Ihr zahlreiches Erscheinen in diesem Jahr sogar besonders dankbar, weil wir heute erstmals Konkurrenz bekommen haben.

Der traditionelle Festakt zum Tag der Dynastie im Senat findet heute nicht wie üblich im Nachmittag statt, sondern in diesen Minuten - zeitgleich mit unserer Veranstaltung.

Deshalb müssen wir heute leider auf die Anwesenheit mehrerer Mitglieder der anderen Parlamente und Regierungen unseres Landes verzichten, die sich ursprünglich angemeldet hatten, nun aber kurzfristig absagen mussten.

Umso dankbarer bin ich, dass Vizepremierminister Reynders, Ministerpräsident Borsus und Minister Flahaut den Weg zu uns gefunden haben. Seien Sie uns herzlich willkommen! Ihre Anwesenheit ehrt uns!

Wir Deutschsprachige haben unseren Festtag vor fast 30 Jahren ganz bewusst auf den Tag der Dynastie gelegt.

Mit dieser Entscheidung wollten wir unsere Verbundenheit zu unserem Land und zur königlichen Familie zum Ausdruck bringen.

Seien Sie beruhigt: Daran wird die eben beschriebene Terminkollision nichts ändern...

Wir sind unserem Land nämlich sehr dankbar, ...für die Autonomie, die uns in den Jahrzehnten zugestanden wurde, ...für unser außergewöhnliches Statut, das unsere 77.185 Einwohner zur bestgeschützten Minderheit in Europa gemacht hat und uns die große Chance gibt, einen Teil unseres Schicksals selbst in die Hand zu nehmen.

Wir haben als Region mit Gesetzgebungshoheit die Möglichkeit erhalten, in vielen zentralen Politikbereichen maßgeschneiderte Angebote für die spezifischen Bedürfnisse der deutschsprachigen Belgier zu erarbeiten.

Wir haben die Chance erhalten, Subsidiarität zu leben und gleichzeitig Solidarität zu üben.

Diese Chance haben wir parteiübergreifend in den letzten Jahrzehnten genutzt, um Mehrwerte für unsere Bevölkerung zu schaffen, den direkten Bürgerdialog auszubauen und Bürokratie abzubauen.

Für das Unterrichtswesen beispielsweise ist es uns gelungen, einen globalen Pakt mit allen Schulnetzen zu schließen, um teure Doppelangebote zu unterbinden.

Alle alleinstehenden Grundschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurden den Gemeinden übertragen.

Im Süden unserer Gemeinschaft haben wir dem Freien Unterrichtsnetz de facto das Monopol zugestanden, den technischen Sekundarunterricht anzubieten.

Im Gegenzug verzichtet das Freie Schulwesen darauf, im Norden unserer Gemeinschaft technische Sekundarschulen zu organisieren. Das macht dort das Gemeinschaftsschulwesen.

Auf Hochschulebene haben wir alle Einrichtungen netzübergreifend mit einer parlamentarischen Zweidrittel-Mehrheit zusammengelegt.

Genauso haben wir auch alle PMS-Zentren netzübergreifend fusioniert und mit allen Gesundheitszentren zusammengelegt.

Durch solche Entscheidungen entstehen Effizienz- und Skalengewinne. Dadurch sparen wir oftmals sehr viel Geld ein.

Geld, das wir unter anderem in die Verbesserung der Bildungsqualität, in die Bildungsgerechtigkeit, in den Ausbau der dualen Ausbildung, in die Sanierung der gesamten Schulinfrastruktur und in moderne IKT investieren.

Wir sind die einzige Gemeinschaft in Belgien, die Schulbauten anderer Netze zu 80 % bezuschusst.

Bei uns gibt es im Grunde keine Konkurrenz mehr zwischen Schulnetzen.

Es ist kein Zufall, dass unsere Schülerinnen und Schülern bei internationalen Vergleichsuntersuchungen überdurchschnittlich gut abschneiden.

Zum Beispiel bei PISA oder auch bei der Förderung der Mehrsprachigkeit. In keiner anderen Region der gesamten OECD, außer in Malta und Luxemburg, wird so viel für die Mehrsprachigkeit getan wie in Ostbelgien.

Dem jüngsten Barometer „Education&Numérique“ zufolge sind unsere Schulen auch bei der Digitalisierung besser aufgestellt als der nationale Durchschnitt.

Und in Fragen der Bildungsgerechtigkeit kommt die OECD zu der beruhigenden Feststellung, dass nirgendwo in der OECD die Bildungschancen der Kinder so wenig von ihrer sozialen Herkunft abhängen wie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Wir bemühen uns zudem, maximale Synergien zwischen Bildungs- und Beschäftigungspolitik zu schaffen.

Unser Parlament hat beispielsweise vor kurzem eine grundlegende Verbesserung und Vereinfachung aller beschäftigungspolitischen Instrumente beschlossen.

Die bestehenden 20 Aktivierungsprogramme wurden auf 2 reduziert, um Menschen schneller in Arbeit zu bringen als bisher.

Und genau das ist bitter notwendig.

Die Arbeitslosigkeit hat einen historischen Tiefststand erreicht. Das ist gut so. Aber gleichzeitig wird der Fachkräftemangel in Ostbelgien immer grösser.

Er betrifft mittlerweile alle Sektoren. Wir sind zu klein, um uns selbst zu genügen. Wir sind auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Wir haben also jedes Interesse daran, unseren Standort attraktiv zu machen und attraktiv zu bewerben.

Deshalb bemühen wir uns zum Beispiel sehr, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Die Kleinkindbetreuungsquote liegt mittlerweile bei 40 %, also über dem internationalen Durchschnitt, und wir haben uns vorgenommen, den Bedarf innerhalb der nächsten Jahre zu 100 % zu erfüllen.

Wir haben darüber hinaus ein maßgeschneidertes Familienzulagensystem entwickelt, von dem die "Ligue des familles" sagt, es sei das „kinderfreundlichste“ in ganz Belgien.

Wir haben in dieser Legislaturperiode auch die Anzahl der Alten- und Pflegeheimplätze um 15 % erhöht und die Angebote des betreuten Wohnens verdoppelt, um dafür Sorge zu tragen, dass in Ostbelgien jeder Mensch möglichst selbstbestimmt und in Würde altern kann.

Wir haben vor kurzem ebenfalls die gesamte Tourismusgesetzgebung novelliert und im vergangenen Jahr mit 400.000 Übernachtungen einen absoluten Rekordwert erreicht.

Warum sage ich Ihnen das alles?

Nun zum einen um Ihnen aufzuzeigen, dass Ostbelgien ein attraktiver Standort ist, für Touristen, für Fachkräfte und für Unternehmen.

Es gibt in unserer kleinen Gemeinschaft schon heute 2.500 KMU, 6500 Selbständige und sage und schreibe 800 anerkannte Ausbildungsbetriebe.

Und wir sind dankbar für jeden Selbständigen und jeden Unternehmer, der sich dieser Dynamik anschließen möchte.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich den nationalen Investitionspakt der Föderalregierung.

Wir brauchen tatsächlich mehr Investitionen in Belgien, auch in Ostbelgien.

Und wir müssen unsere **Kräfte in Belgien bündeln**, wenn wir erfolgreich sein wollen.

Dabei sind für uns neben unseren eigenen Zuständigkeiten ganz besonders Investitionen in die **digitale Infrastruktur** von Bedeutung.

Ich rufe an dieser Stelle noch mal dazu auf, gerade den ländlichen Raum mit leistungsfähigen Netz- und Internetinfrastrukturen auszustatten!

Das liegt nicht nur im Interesse der kleinen Dörfer und Städte; es dient auch der Entlastung von großen Ballungszentren, in denen der Raum für Neuansiedlungen oftmals knapp wird.

Wir haben vor 1,5 Jahren mit der Dachmarke Ostbelgien eine neue Strategie entwickelt, um unseren Standort besser vermarkten zu können.

Mit dem Begriff „Deutschsprachige Gemeinschaft“, abgekürzt „DG“ konnte außerhalb unserer Gemeinschaft niemand etwas anfangen. DG wurde mitunter verwechselt mit „Direction Générale“ oder im schlimmsten Fall mit „Dolce & Gabana“.

„Ostbelgien“ ist für das Standortmarketing deutlich besser. Der Begriff drückt aus, wer wir sind und wo wir uns befinden.

Hunderte Unternehmen und Vereinigungen aus Ostbelgien sind mittlerweile Markenpartner geworden und werben mit uns für unseren Standort.

Wir sind damit durchaus erfolgreich.

Aber eines hören wir auf Messen und Konferenzen immer wieder: die digitale Infrastruktur in Ostbelgien ist unzureichend.

Ganze Teilstriche sind von modernen Kommunikationsmöglichkeiten abgehängt.

Deshalb plädiere ich erneut an alle Verantwortungsträger, die Investitionen in diesen Bereich schnell und wirksam auszubauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt noch einen zweiten Grund, aus dem ich eben einige Reformen hervorgehoben, die wir in den letzten Jahren mit Erfolg durchgeführt haben.

Diese Reformen beweisen vor allem eines: Sie beweisen, **dass man uns vertrauen kann**; dass man uns zusätzliche Befugnisse anvertrauen kann.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist in den letzten Jahren grösser geworden.

Nicht in Bezug auf ihre Einwohnerzahl. Die ist zwar auch gestiegen. Aber 77.185 ist immer noch sehr wenig.

Wohl aber sind unsere Zuständigkeiten grösser geworden, sehr viel grösser, zunächst durch die 6. Staatsreform, dann durch die erfolgreichen Verhandlungen mit der Wallonischen Region.

Unser Haushaltvolumen ist in dieser Legislaturperiode um 60 % angewachsen.

Und wir sind stolz darauf, dass es uns gelungen ist, all diese neuen Zuständigkeiten in der Gesundheitspolitik, der Seniorenpolitik, der Beschäftigungspolitik, der Justiz, den Kinderzulagen usw. nicht nur gut zu verwalten sondern auch zu gestalten.

Wir haben in all diesen Bereichen grundlegende Reformen durchgeführt, um unserer Bevölkerung besser dienen zu können, um Mehrwerte für die Menschen in unserer Heimat zu schaffen, um effizienter zu werden und um Verwaltungsabläufe zu vereinfachen.

Das ist uns bislang noch mit jeder Zuständigkeit gelungen, die uns übertragen wurde.

Und das wird auch in Zukunft mit jeder Zuständigkeit so sein, die man uns noch übertragen wird.

Wir wissen übrigens heute schon, dass in Kürze weitere Zuständigkeiten hinzukommen werden.

Das verdanken wir der Wallonischen Region.

Vor wenigen Wochen ist es uns gelungen, mit der Wallonischen Regierung eine Einigung zu erzielen, der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Anwendung von Artikel 139 der Verfassung die Raumordnung, den Wohnungsbau und Teile der Energiepolitik zu übertragen.

Die entsprechenden Dekrete können demnächst in beiden Parlamenten verabschiedet werden und am 01.01.2020 in Kraft treten.

Das ist ein wirklicher Meilenstein beim Ausbau unserer Autonomie. Das ist großartig.

Dafür möchten wir uns bei der Wallonischen Region ausdrücklich bedanken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

vielleicht stellt sich aber spätestens jetzt der eine oder andere in diesem Saal zwei Fragen:

Erstens: Wie groß wollen diese Deutschsprachigen denn noch werden?

Und zweitens: Wie kann es einer so kleinen Gemeinschaft überhaupt gelingen, so viele Zuständigkeiten auszuüben?

Nun, ich will Ihnen die Antworten darauf nicht vorenthalten.

Es gibt in unserem Parlament einen breiten Konsens in der Frage, welche Zuständigkeiten wir noch übernehmen wollen. Mit Blick auf die Wallonische Region geht es aus unserer Sicht vor allem um die Provinzzuständigkeiten und den Straßenbau.

Und mit Blick auf den Föderalstaat kann ich Sie beruhigen: wir fordern keine 7. Staatsreform.

Aber wenn es zu weiteren Staatsreformen kommen sollte, worüber wir nicht zu entscheiden haben, dann gilt für uns ein einfacher Grundsatz: **wir wollen immer ein gleichberechtigter Partner in Belgien sein.**

Wir sind bereit, gewillt und in der Lage, alle Zuständigkeiten zu übernehmen, die der Föderalstaat den Gliedstaaten überträgt.

So steht es in einer Resolution, die unser Parlament vor einigen Jahren mit sehr großer Mehrheit verabschiedet hat.

Wir werden diese Resolution übrigens in den kommenden Monaten aktualisieren und an die neuen Gegebenheiten anpassen.

Stellt sich also die zweite Frage:

Wie kann das sein? Wie kann eine so kleine Gemeinschaft in der Lage sein, alle Befugnisse zu übernehmen, die den anderen viel größeren Gliedstaaten übertragen werden.

Die Antwort darauf lässt sich in einem Wort zusammenfassen : durch „Zusammenarbeit“.

Wir sind tatsächlich zu klein, um alles selbst zu machen.

Uns fehlen manchmal Personalressourcen, Knowhow und Skaleneffekte. Dessen sind wir uns bewusst.

Aber durch Zusammenarbeit mit unseren innerbelgischen und mit unseren europäischen Partnern können wir diese Lücken schließen; ja, durch Zusammenarbeit können wir manchmal ein Vorbild für andere sein.

Das gilt in besonderem Maße für unsere Zusammenarbeit mit Partnerländern und Regionen wie Deutschland, Österreich, Luxemburg, Liechtenstein, Südtirol und der Schweiz.

Aufgrund unserer besonderen Geschichte, kulturellen Einflüsse und interkulturellen Kommunikationskompetenzen können wir manchmal sogar **Brückenbauer** sein zwischen unserem Land und dem deutschsprachigen Europa.

Ein Beispiel dafür durften wir vor kurzem noch in Berlin erleben, als wir gemeinsam mit dem wallonischen Ministerpräsidenten Willy Borsus das 10-jährige Jubiläum unserer Vertretung in Berlin feiern, einer Sitzung des deutschen Bundesrates beiwohnen und mit deutschen Ministerpräsidenten austauschen durften.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist eine weltoffene Gemeinschaft im Herzen Europas, umgeben von Sprach- und Landesgrenzen, die wir nicht als Hindernisse wahrnehmen, sondern als Chancen der interkulturellen Zusammenarbeit begreifen.

Als Grenzregion erleben wir Europa jeden Tag. Wir brauchen Europa. Deshalb bereitet uns der Aufstieg von Populisten und Feinden der EU in vielen Mitgliedsstaaten große Sorgen.

Die egoistische Parole „Ich zuerst“, die mich immer an das Verhalten ungezogener Kinder im Kindergarten erinnert, schadet am Ende uns allen. Keine einzige Region und kein einziges Land in Europa ist in der Lage, den globalen Herausforderungen unserer Zeit alleine zu begegnen.

100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg sollten wir vor allem eines gelernt haben: Parolen wie „Armerica first“, „la France d’abord“ oder „Deutschland den Deutschen“ sind Gift für die Menschheit! Sie haben im Ergebnis noch immer zu gewaltsamen Auseinandersetzungen geführt.

Wir brauchen keinen Hass, keine Abschottung, keine Isolation, keinen Protektionismus; nein, wir brauchen das Gegenteil von all dem.

Wir brauchen mehr Zusammenarbeit, mehr grenzüberschreitende Freundschaften, mehr europäische Integration und mehr Humanität.

Liebe Gäste, ich darf Ihnen versichern, dass sich die Deutschsprachige Gemeinschaft aus Überzeugung und aus Erfahrung, mit Blick auf unsere Geschichte und mit Blick auf unsere Zukunftschancen, immer genau dafür einsetzen wird.

Weitere Auskünfte erteilt:

Serge Heinen
Pressesprecher / Berater
Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Kabinett Ministerpräsident Oliver Paasch
Klötzerbahn 32, B-4700 Eupen
Tel.: +32-87-789 616, Mail: serge.heinen@dgov.be